



Dächer-Decken und Turbo-Reinigung sind härtere Jobs als die Rente 63 im Bundestag kaputtzureden



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Statement von IG BAU-Chef Robert Feiger zur Forderung von Jens Spahn, die Rente mit 63 abzuschaffen:

Jens Spahn sollte aufhören, an der Rente herumzudoktern. Er startet den Versuch, aus den Baby-Boomern herauszuholen, was nach seiner Vorstellung noch herauszuholen ist. Es bleibt dabei, dass die Menschen nach einem harten Arbeitsleben auf dem Bau, im Forst oder in der Gebäudereinigung mit 63 Jahren nicht mehr können. Es ist etwas anderes, bei Wind und Wetter Dächer zu decken oder Hörsäle von Universitäten oder Klassenzimmer in Schulen im Turbogang zu reinigen als im Bundestag zu stehen und die Rente mit 63 kaputtzureden. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat die Rente mit 63 verdient. Und der braucht sie auch. Die Rente mit 63 ist ein Stück Gerechtigkeit und hat etwas mit Respekt zu tun. Baby-Boomer haben keinen Extra-Akku. Sie sind nicht die Dauerarbeitsreserve der Nation. Dass die geburtenstarken Jahrgänge jetzt in Rente gehen, stand schon vor 60 Jahren fest. Um das Fachkräfte-Vakuum in den Griff zu bekommen, muss Jens Spahn kein "Pfingst-Renten-Paket" auspacken. Dazu sollte die Politik insgesamt ein Strukturpaket schnüren, dass die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt genauso regelt wie ein Rentensystem, das alle Teile der Bevölkerung umfasst und den besonderen Anforderungen belastender Arbeit gerecht wird.

Eine Einwanderung von Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt muss vor allem auch einen Punkt berücksichtigen: Wer zu uns kommt, um bei uns zu arbeiten, muss auch bei uns wohnen können: ohne Wohnungen keine Arbeitskräfte. Wenn die Baby-Boomer jetzt in Rente gehen, brauchen wir zusätzliche Wohnungen für die, die von außen kommen und die Jobs der Baby-Boomer übernehmen. Die wirtschaftliche Zukunft hängt also auch ganz wesentlich davon ab, welche Wohnungsbaupolitik der Staat macht. Bei über 700 000 fehlenden Wohnungen haben wir da im Moment nicht die besten Chancen, eine gelungene Arbeitsmigration hinzubekommen.



Keine effektive Kontrolle vom 12-Euro-Mindestlohn



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

5,8 Millionen Jobs waren von der Erhöhung des Mindestlohns im vergangenen Oktober betroffen. Das hat das Statistische Bundesamt (Destatis) heute mitgeteilt. Damit lag rechnerisch mehr als jedes siebte Beschäftigungsverhältnis bis zur Mindestlohnerhöhung unterhalb des Stundenlohns von 12 Euro. Dazu erklärt der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Chef Robert Feiger, der auch Mitglied der Mindestlohnkommission ist: Die Ampel-Koalition hat mit der Erhöhung des Mindestlohns für einen enormen "sozialen Lohndruck" nach oben gesorgt.

Entscheidend ist allerdings, ob der höhere Mindestlohn auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Denn: Längst nicht überall wird das Lohnlimit eingehalten. Im Gegenteil:

Mindestlohnbetrug und Mindestlohnrickserei sind an der Tagesordnung. Fest steht: Nur ein kontrollierter Mindestlohn ist auch ein gezahlter Mindestlohn. Und nur ein kontrollierter Mindestlohn ist ein erfolgreicher Mindestlohn. Das gilt für den gesetzlichen Mindestlohn genauso wie für die Branchen-Mindestlöhne, die etwa auf dem Bau oder in der Gebäudereinigung gelten.

Die Zahl der Mindestlohn-Kontrollen ist viel zu niedrig. Das Risiko für Mindestlohnbetrüger, erwischt zu werden, ist dadurch viel zu gering. So müssen Arbeitgeber nach einer Auswertung des Pestel-Instituts in Hannover auf Baustellen beispielsweise nur etwa alle 20 Jahre mit einer Kontrolle rechnen. In der Gebäudereinigung kommt es statistisch nur alle 15 Jahre zu einer Kontrolle.

Es ist deshalb notwendig, das Prüfrisiko für schwarze Schafe unter den Arbeitgebern zu erhöhen. Deswegen muss die Zahl der Kontrolleure bei der zuständigen Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls (FKS) deutlich aufgestockt werden: von derzeit 8000 auf 16 000 Beamte. Hier ist also eine Verdopplung notwendig.

Mit den vorhandenen Personal-Kapazitäten kann eine effektive Mindestlohnkontrolle nicht klappen. Erst recht nicht bei 5,8 Millionen zusätzlichen Jobs, in denen seit vergangenen Oktober der gesetzliche Mindestlohn gezahlt werden muss.



Darüber hinaus brauchen wir ein Melderegister, in dem Mindestlohnverstöße erfasst werden: Es ist ein zentrales Register notwendig, in dem jede Firma landet, die sich nicht an die Regeln hält. Solche Betriebe müssen dann für eine längere Zeit von Aufträgen der öffentlichen Hand rigoros ausgeschlossen werden.

Lokalkompass.de 03.06.2023

Garten- und Landschaftsbau: Lohnrunde droht zu scheitern



Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU Foto:

IG BAU fordert "Inflationsausgleich plus X statt Reallohnverlust".

Der Garten- und Landschaftsbau in Deutschland steuert auf einen Konflikt zu: Die Tarifverhandlungen über höhere Löhne für die bundesweit rund 130 000 Beschäftigten in mehr als 19 300 Betrieben der Branche drohen zu scheitern. Das teilte die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) am Freitag mit. Zuvor hatten sich Gewerkschaft und Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde nicht auf ein Ergebnis einigen können.

Die IG BAU und der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau trennten sich am Donnerstagabend nach 10-stündiger Verhandlung in Frankfurt am Main – ohne sich auf eine mögliche dritte Verhandlungsrunde zu verständigen. "Die Fronten sind verhärtet. Die Situation ist festgefahren", sagt IG BAU-Verhandlungsführer Carsten Burckhardt.

Die Arbeitgeber hätten bei einer Laufzeit von zwei Jahren umgerechnet bis 2025 lediglich 3,75 Prozent Lohnzuwachs pro Jahr als Angebot vorgelegt, was einen erheblichen Reallohnverlust für die Beschäftigten bedeuten würde, so die



Pressespiegel

Ausgabe: 03.06.2023



Gewerkschaft. Die IG BAU dagegen fordert den "Inflationsausgleich plus X" für Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen der Branche.

Carsten Burckhardt kritisiert die Arbeitgeber scharf: "Von der Landschaftsplanerin über den Landschaftsgärtner bis zum Sportplatzbauer: Die grüne Branche mutet ihren Beschäftigten rote Zahlen auf dem Lohnkonto zu. Die Arbeitgeber sind nicht einmal bereit, die Inflation auszugleichen. Von einer Entschädigung für die harte Arbeit, die in der Branche geleistet wird, kann damit keine Rede sein. So hält und gewinnt man keine Fachkräfte."

Die Verhandlungen seien von einer "äußerst zähen Hartnäckigkeit der Arbeitgeber" geprägt gewesen. "Die Arbeitgeber haben versucht, die eigenen Erfolge und damit auch die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Garten- und Landschaftsbau schlechtzureden – und das nur, um geringere Lohnerhöhungen zu zahlen", so Carsten Burckhardt vom Bundesvorstand der IG BAU.

Die IG BAU werde nun in ihrem Branchen-Gremium, der Bundesfachgruppe Garten- und Landschaftsbau, entscheiden, ob sie zu einer dritten und letzten Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern bereit sei. Andernfalls werde sie das Scheitern der Verhandlungen erklären. Dann wären Tarifverhandlungen mit den zwölf Einzelverbänden im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau auf Länderebene ein nächster Schritt.

Lokalkompass.de 03.06.2023